



EUROPÄISCHER KONVENT
DAS SEKRETARIAT

Brüssel, den 23. September 2002 (25.09)
(OR. en)

CONV 290/02

WG IV 12

VERMERK

des	Sekretariats
für	die Gruppe IV "Einzelstaatliche Parlamente"
Betr.:	Kurzniederschrift über die Sitzung vom 19. September 2002

1. Die Gruppe hatte einen Gedankenaustausch über Maßnahmen auf europäischer Ebene, durch die Verbesserungen der einzelstaatlichen parlamentarischen Kontrollmechanismen gefördert und erleichtert werden könnten. Sie beriet außerdem über den Entwurf eines Berichts der Gruppe "Subsidiaritätsprinzip" (WD 19 der Gruppe I, das in der Sitzung und per E-mail verteilt wurde). Darüber hinaus hatte sie einen Meinungsaustausch über die mögliche(n) Rolle(n) und Form(en) multilateraler Verfahren für die Einbindung der einzelstaatlichen Parlamente und des Europäischen Parlaments auf europäischer Ebene.

Maßnahmen auf europäischer Ebene, durch die Verbesserungen der einzelstaatlichen parlamentarischen Kontrollmechanismen gefördert und erleichtert werden könnten

2. Zu Beginn der Beratungen sprach Kommissionsmitglied Michel Barnier über die Umsetzung des Protokolls des Amsterdamer Vertrags über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente (siehe auch WD 12 vom 12. Juli 2002). Seine Ausführungen konzentrierten sich auf vier Fragen:
 - i) Welches Ziel verfolgt das Protokoll?
 - ii) Verlangsamt die Umsetzung des Protokolls das Beschlussfassungsverfahren?
 - iii) Gewährleisten die Bestimmungen des Protokolls, dass die einzelstaatlichen Parlamente die von ihnen benötigten Informationen erhalten?
 - iv) Muss das Protokoll geändert werden?

3. Es wurde hervorgehoben, dass die Bestimmungen des Protokolls die parlamentarische Kontrolle erleichtern, die Gestaltung (und Effizienz) der Kontrolle jedoch von den verfassungsmäßigen Beziehungen zwischen Parlament und Regierung abhängt. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass sich die Mechanismen und die Reichweite (Ausdehnung der Kontrolle auf die zweite und die dritte Säule) von Land zu Land unterscheiden. Die Frist von sechs Wochen, die zwischen dem Gesetzgebungsvorschlag und dem Zeitpunkt liegen sollte, an dem dieser zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung des Rates gesetzt wird, verursacht keine Verzögerungen im Beschlussfassungsprozess, der in den meisten Fällen nicht Wochen, sondern Monate (oder sogar Jahre) dauert (es wurde außerdem darauf hingewiesen, dass nur eine begrenzte Zahl von Beschlüssen nicht unter das Mitentscheidungsverfahren fällt und somit lediglich einen Beschluss des Rates erfordert). Dringende Maßnahmen könnten innerhalb kürzerer Zeit behandelt werden, sind jedoch selten (so erfolgte beispielsweise die Einrichtung eines Katastrophenfonds nach den jüngsten Überschwemmungen binnen vier Wochen). Durch die Transparenz der Arbeit der Rates und die etwaige Beteiligung nationaler Abgeordneter in nationalen Delegationen könnte mehr Einblick gewährt werden und es könnten Befürchtungen zerstreut werden, die von einigen einzelstaatlichen Parlamenten in Bezug auf "vorläufige Vereinbarungen", die im Laufe der Beratungen vor Abschluss der nationalen parlamentarischen Kontrolle getroffen werden, geäußert wurden.
4. Was die Übermittlung von Informationen an die einzelstaatlichen Parlamente - eine Aufgabe, die derzeit den Regierungen obliegt - anbelangt, so könnte die Kommission einer direkten Übermittlung an die einzelstaatlichen Parlamente zustimmen, sofern die Regierungen keinen Einwand erheben. Das Protokoll regelt auch die Übermittlung von Konsultationsdokumenten: in diesem Bereich führt die Kommission bereits jetzt weit reichende Konsultationen mittels Internet durch und könnte auch die direkte Übermittlung an die einzelstaatlichen Parlamente in Betracht ziehen. Bisher haben wenige einzelstaatliche Parlamente die Gelegenheit genutzt und auf öffentliche Konsultationen reagiert; es wurde hervorgehoben, dass dies eine Möglichkeit für eine sehr frühzeitige Einflussnahme sein könnte. In früheren Sitzungen vorgetragene Vorschläge, wonach die einzelstaatlichen Parlamente im Laufe der strategischen Planung der EU konsultiert werden sollten, müssten eingehender geprüft werden. Auch wenn die Umsetzung des Protokolls relativ gut zu funktionieren scheint, wäre die Kommission bereit, Vorschläge für eine Änderung des Amsterdamer Protokolls zu prüfen; sie wies jedoch darauf hin, dass das Protokoll nur dazu beitragen könnte, bessere Bedingungen für die Kontrolle auf nationaler Ebene zu schaffen. Durch eine Verstärkung der informellen Beziehungen und die Durchführung von Anhörungen (bei denen die Kommission einbezogen werden könnte) könnten ebenfalls Fortschritte erzielt und die einzelstaatlichen Parlamente mit den europäischen Angelegenheiten weiter vertraut gemacht werden.

5. In den anschließenden Beratungen wurde hervorgehoben, dass es zwar unangebracht wäre, den Regierungen und den einzelstaatlichen Parlamenten vorzuschreiben, wie sie ihre Beziehungen zueinander zu regeln haben, dass auf europäischer Ebene jedoch gewisse grundlegende Rahmenbedingungen geschaffen und anhand eines Beispiels gewisse Mindestanforderungen für die parlamentarische Kontrolle herausgestellt werden könnten. Einige Mitglieder hoben nachdrücklich hervor, dass die einzelstaatlichen Parlamente die Befugnis haben, das Handeln und die Haltung ihrer Regierung in europäischen Angelegenheiten zu kontrollieren, davon jedoch nicht immer in vollem Umfang Gebrauch machen. Es wurde hervorgehoben, dass es für die einzelstaatlichen Parlamente unerlässlich ist, dafür zu sorgen, dass entsprechende Fachkenntnisse im Bereich europäische Angelegenheiten in ihren Reihen vorhanden sind.
6. Einige schlugen vor, die nationalen Abgeordneten nicht - wie von einem Mitglied vorgeschlagen - direkt in die Arbeiten des Rates einzubeziehen, sondern zu prüfen, auf welche Weise die Kontakte zwischen den nationalen Abgeordneten und den Mitgliedern der EP verbessert werden könnten, beispielsweise indem es den Mitgliedern des EP erleichtert wird, an Sitzungen der einzelstaatlichen Parlamente (oder der regionalen parlamentarischen Versammlungen) teilzunehmen. Verschiedene Mitglieder wiesen darauf hin, dass die Koordinierung der Terminpläne der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments verbessert werden muss, was durch eine bessere Abstimmung der "weißen Wochen" des Europäischen Parlaments, die für die Arbeit im Wahlkreis vorgesehen sind, und der Teilnahme an Sitzungen der einzelstaatlichen Parlamente geschehen könnte. Eine andere Möglichkeit bestünde darin, "europäische Wochen" zu organisieren, die in allen Hauptstädten zur gleichen Zeit stattfinden würden. Einige bemerkten zusätzlich, dass eine solche Veranstaltung sehr gut zum Vorschlag einiger Mitglieder passen würde, dass Mitglieder der Kommission an Anhörungen in oder mit einzelstaatlichen Parlamenten teilnehmen könnten.
7. Die Möglichkeit, die einzelstaatlichen Parlamente bei der Ausarbeitung des jährlichen Rechtssetzungsprogramms der Kommission oder der strategischen Planung der EU zu konsultieren, stieß bei mehreren Mitgliedern auf Interesse.
8. Die Gruppe begrüßte den Vorschlag eines Mitglieds, die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der EU auf Vertragsebene (eventuell in der Präambel) zu verankern und von den Mitgliedstaaten zu verlangen, dass sie eine Erklärung abgeben, wonach vor den Tagungen des Rates, in denen dieser als Gesetzgeber tätig wird, die entsprechende parlamentarische Kontrolle im Einklang mit den nationalen Verfassungsbestimmungen stattgefunden hat. Darüber hinaus würden in einem Protokoll zum neuen Vertrag Einzelheiten über die Übermittlung von Dokumenten und anderen Informationen festgelegt. Mehrere Mitglieder schlugen vor, das Amsterdamer Protokoll über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente zu ändern und darin festzulegen, dass die Kommission den einzelstaatlichen Parlamenten direkt Dokumente übermittelt (zusätzlich zur Übermittlung durch die Regierungen). Ferner wurde von einigen vorgeschlagen, im Protokoll festzulegen, dass der Rat mit der Prüfung eines Kommissionsvorschlages nicht in den ersten vier Wochen nach dessen Übermittlung beginnen darf. Andere hielten dies für zu restriktiv und waren der Ansicht, dass die Vorstellung der Vorschläge und ein erster Gedankenaustausch in diesem Zeitraum erlaubt sein sollten.

Beratungen über den Entwurf eines Berichts der Gruppe I "Subsidiaritätsprinzip"

9. Die Gruppe hatte einen Gedankenaustausch über den Entwurf eines Berichts der Gruppe "Subsidiaritätsprinzip" (Gruppe I), der in WD 19 dieser Gruppe enthalten ist. Die Mitglieder zeigten sich allgemein befriedigt über den Bericht, der weitgehend die Auffassung der Gruppe IV über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente bei der Kontrolle der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips zum Ausdruck bringt. Das Frühwarnsystem wurde von der Gruppe als Neuerung gewürdigt, und verschiedene Mitglieder begrüßten es, dass der Mechanismus einfach gestaltet ist, kein neues Gremium einrichtet und den Beschlussfassungsprozess nicht verzögert. Einige Mitglieder hätten es vorgezogen, wenn auch die enge Verknüpfung des Subsidiaritätsprinzips und des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ausdrücklich anerkannt würde. Außerdem wurde darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, dass die einzelstaatlichen Parlamente ihre Kontrollaufgabe gegenüber ihrer Regierung im Laufe des gesamten Gesetzgebungsverfahrens wahrnehmen, da die Texte häufig im Laufe des Verfahrens geändert werden.
10. Einige Mitglieder äußerten den Wunsch, dass das vorgeschlagene System noch verstärkt wird, und schlugen vor, deutlich zu machen, dass ein Rechtsakt im Falle einer Klage vor dem Gerichtshof nicht vor einer Entscheidung in Kraft treten könnte. Darüber hinaus wurde angeregt, für die Entscheidung des Gerichtshofs eine - kurze - Frist, beispielsweise von einem Monat, vorzusehen. Mehrere Mitglieder schlugen vor, das Recht, den Gerichtshof zu befassen, nicht mehr an die Bedingung zu knüpfen, dass eine begründete Stellungnahme in früheren Phasen des Verfahrens vorliegt. Einige Mitglieder empfahlen, dass einzelstaatliche Parlamente auch zum jährlichen Rechtsetzungsprogramm der Kommission konsultiert werden und dass der COSAC in diesem Zusammenhang eventuell eine Aufgabe übertragen wird. Über den zuletzt genannten Punkt herrschte jedoch kein Einvernehmen, da einige die Repräsentanz der COSAC in Frage stellten, auch wenn sie auf eine mögliche Rolle beim Informationsaustausch zwischen den Parlamenten hinwiesen.

Mögliche Rolle(n) und Form(en) multilateraler Verfahren auf europäischer Ebene für die Einbindung der einzelstaatlichen Parlamente und des Europäischen Parlaments

11. Die Gruppe hatte einen Gedankenaustausch darüber, wann oder zu welchen Themen eine Versammlung der einzelstaatlichen Parlamente untereinander und mit dem Europäischen Parlament sinnvoll wäre und in welcher Form dies geschehen könnte.

12. Mehrere Mitglieder hoben hervor, dass der vorangegangene und der gegenwärtige Konvent eine Neuerung darstellten und die Einbeziehung der einzelstaatlichen Parlamente und des EP sehr nützlich sei, und schlugen vor, das Verfahren der Einberufung eines Konvents im institutionellen Aufbau der EU förmlich festzulegen.
13. Einige schlugen vor, den einzelstaatlichen Parlamenten bei der Gestaltung der politischen Tagesordnung der EU eine größere Rolle zuzuweisen; dies könnte anhand eines Mechanismus geschehen, in dessen Rahmen sie (eventuell zusammen mit dem EP) das Mehrjahresprogramm des Rates erhalten und eventuell zu einem Kongress über das Thema zusammentreten würden. Ferner wurde angeregt, dass einem solchen Forum, ob es nun Kongress oder anders genannt wird, ein Bericht vorgelegt werden könnte und dass es über die Lage der Union diskutieren könnte. Andere wiederum schlugen vor, dass es auch bei der Besetzung von Spitzenpositionen eine Rolle spielen und zum Beispiel die Ernennung des Präsidenten der Kommission (oder - in einem geänderten System - des Präsidenten der EU) legitimieren könnte. Es wurde hervorgehoben, dass ein Kongress-ähnliches Gremium keine Gesetzgebungsbefugnisse erhalten sollte. Des Weiteren wurde vorgeschlagen, dass ein Kongress/Forum höchstens einmal jährlich zusammentreten sollte.
14. Mehrere Mitglieder betonten, dass Mechanismen für die Konsultation zwischen den Parlamenten nötig sind und dass diese eine wichtige Rolle spielen können, wenn es darum geht, europäische Angelegenheiten in jedem einzelstaatlichen Parlament stärker in den Vordergrund zu rücken. Sie wiesen auf die derzeitige und die potenzielle Rolle der COSAC in diesem Zusammenhang hin. Einige bemerkten, dass die COSAC zwar ein Konsultationsmechanismus bleiben solle, jedoch zunehmend für fachbezogene Konsultationen genutzt werden könnte, in deren Rahmen Vertreter der Fachausschüsse zusammenkommen. In diesem Zusammenhang wurde auf die Bedeutung der Kontakte zu den Ausschüssen des EP hingewiesen. Einige regten außerdem an, dass die COSAC eine Aufgabe bei einer Konsultation über das jährliche Rechtsetzungsprogramm der Kommission erhält. Mehrere Mitglieder betonten darüber hinaus, dass bei einer Abschaffung der COSAC ein anderer Mechanismus ihre beratenden Funktionen übernehmen müsste. Einige empfahlen, die COSAC durch ein kleines ständiges Sekretariat zu stärken. Mehrere Mitglieder warnten jedoch vor der Schaffung neuer Einrichtungen.
15. Einige schlugen vor, dass bei heiklen politischen Fragen wie beispielsweise der Reform der GAP oder der Reform des Systems der Eigenmittel eine neue Art einer Konferenz der Parlamente auf Ad-hoc-Basis einberufen werden könnte. Dabei könnten Fachleute für das betreffende politische Thema aus jedem Parlament zusammenkommen, um über das Thema zu beraten und zu versuchen, Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen und so möglichst den Weg für Lösungen ebnen, ohne dass sie selbst eine legislative Aufgabe übernehmen (oder befugt sind, Entschlüsse zu verabschieden).

Nächste Sitzung

16. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, den 26. September von 10.30 bis 13.00 Uhr statt. Die Beratungen über multilaterale Verfahren/zwischen den Parlamenten einzurichtende Verfahren für die weitere Einbindung der einzelstaatlichen Parlamente in europäische Angelegenheiten und über ihre spezifische Funktion werden fortgesetzt. Der Vorsitz forderte dazu auf, schriftliche Beiträge einzureichen.
17. Die nachfolgenden Sitzungen finden am 10. Oktober (14.30 bis 18.00 Uhr) und 22. Oktober (14.30 bis 18.00 Uhr) statt. Bitte beachten Sie, dass die Sitzung am 17. Oktober annulliert worden ist, da an diesem Tag die Sitzung der COSAC stattfindet.
